

Verlierer sind Flora und Fauna

■ **Betrifft:** Berichterstattung zur Bürgerinitiative Bürgerwindpark Borchten.

Bürgerinitiative „Gegenwind“ und Planungsgemeinschaft „Bürgerwindpark“ – Beide in der Gemeinde Borchten in Sachen „Erneuerbare Energie“, aktiv.

Jede und Jeder benötigt bezahlbaren Strom. Und zwar immer mehr Strom – wenn wir alle in der Zukunft E-Autos fahren werden/sollen. Dieser Strom wird natürlich aus erneuerbarer Energie (Wind/Sonne etc.) gewonnen, um den Klimawandel zu stoppen.

Soweit sind sich alle Bürgerinnen und Bürger einig. Oder doch nicht? Wirft man die Begriffe: Profit (Bürgerwindpark), Flächennutzungsplan (Gegenwind), Umweltschutz (Roter Milan, Naturlandschaft) und vor allen Dingen Gemeinderatsbeschlüsse beziehungsweise Entscheidungen in der Politik/Verwaltungsgerichte, in den Ring eskaliert die Einigkeit.

Feine Risse, ebenso wie unüberwindliche Gräben entstehen. Was ist Bürgernah? In Zeiten, da es kaum noch Zinsen für mühsam verdientest Geld gibt, ist es natürlich interessant, in Anlagen zu investieren, die einem hohe Rendite versprechen. Die Gemeinde Borchten (und noch mehr die Energiestadt Lichtenau) hat so viele Windräder um die Dörfer gebaut, dass man kaum noch die natürliche Landschaft erkennt.

Ein „Nein“ der Betroffenen Bürger zu noch mehr/größeren Anlagen (obwohl es keine

Speicher für den erzeugten Strom gibt), ist doch nachvollziehbar. Oder doch nicht? Verlierer sind die Flora und Fauna wenn ich lese: „artenrechtliche Untersuchungen“ (Die Art: „Mensch“ gewinnt scheinbar immer oder man kommt auf die Idee „Umsiedlung“ und/oder gelegentliches Abschalten der Anlagen).

Schadensersatzleistungen (bei Stilllegungen von Anlagen) in Millionenhöhe zu Lasten der Kreisumlage beeinflusst Gemeinderatsbeschlüsse. Fraktionszwang, Befangen oder nicht, Erklärungsnot an Kinder eines Ratsmitgliedes bezüglich des Informationsblattes „Gegenwind“, neuer Flächennutzungsplan, das Angebot von Spenden und Gewinnbeteiligung an die Gemeinde bei Genehmigung neuer Anlagen – all dieses eine undurchsichtige Verflechtung, ein Versuch „Bürgernah“ zu sein.

Mein Fazit: Jeder Betreiber einer Anlage bezahlt Gewerbesteuer an die Gemeinde. Keine Vorrangstellung für Windkraftanlagen. Keine neuen Anlagen – bevor nicht die Speicherung der erzeugten Energie möglich ist. Und das Beste kommt zum Schluss: Jeder Haushalt, in den betroffenen Gemeinde (die tagaus, tagein Windkraftanlagen in ihrer Sichtweite haben), bezahlt die Hälfte des jetzigen Strompreises. Das ist erträglicher als zusätzliche Anlagen – mit denen einige wenige Bürgerinnen und Bürger Profit machen können.

Cordula Geringswald
33178 Dörenhagen